

Sudan: Der vergessene Krieg

Ein Bericht über die weltweit schwerste humanitäre Notlage und die größte

internationale Vertreibungskrise

Von Léa Farge

Geneva International Centre for Justice (GICJ)

Dezember 2025

Zusammenfassung

Der Krieg im Sudan stellt aktuell eine der schwerwiegendsten humanitären Katastrophen weltweit dar, bei der überwiegend Zivilisten unter den Folgen der Gewalt leiden. Satellitenaufnahmen zeigen weit verbreitete Zerstörung, einschließlich Blutvergießen am Boden. Trotz des Ausmaßes der begangenen Gräueltaten, bleibt der Konflikt weiterhin recht unbekannt und wird von internationalen Medien unzureichend berichtet.

Dieser Bericht ordnet den aktuellen Krieg innerhalb Sudan's historischem und politischem Weg ein, um seinen Ursprung klar darzulegen. Die Kolonialherrschaft verankerte tiefe regionale und ethnische Ungleichheiten, welche nach der erlangten Unabhängigkeit durch Bürgerkriege, militärische Umstürze und autoritäre Regierungen verstärkt wurden. Die 30-jährige Diktatur von Omar al Bashir verstärkte ein System der Ausgrenzung, Repression und Straffreiheit. Einige Dynamiken und Methoden, die während des Völkermordes in Darfur 2003 angewandt wurden, sind in dem aktuellen Konflikt erneut erkennbar.

Der Bericht analysiert die Auslöser und folgen des im April 2023 ausgelösten Krieges, als 2 ehemalige Verbündete mit deren jeweiligen bewaffneten Gruppen, der sudanesischen Armee (SAF) und der Rapid Support Forces (RSF), Rivalen wurden welche um Macht konkurrieren. Dieses Ringen um Macht führte zu Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und genozidalen Gräueltaten.

Der Fall von El Fasher im Oktober 2025 und die aktuelle Eskalation von Gewalt in Kordofan, zeigt deutlich das Ausmaß und die systematische Art und Weise, mit der diese Gräueltaten begangen werden.

Der Bericht schaut auch auf die entscheidende Rolle von externen Akteuren welche den Kriegsparteien militärische, finanzielle und politische Unterstützung zukommen lassen, im Austausch für Zugang zu Sudan's Ressourcen, insbesondere Gold. Obwohl konsequent bestritten, hat genau solch eine ausländische Einmischung den Konflikt intensiviert und verlängert.

Der Geneva International Center for Justice (GICJ) ruft auf zu einer sofortigen Feuerpause, dem Schutz der Zivilbevölkerung, ungehinderten humanitären Zugang, der Einstellung jeglicher ausländischer Unterstützung für die Kriegsparteien, vermehrte humanitäre Unterstützung und Finanzierung, und Rechenschaft für begangene Verbrechen. GICJ betont, dass die anhaltende

Straffreiheit ein zentraler Treiber der Gewalt im Sudan ist. Fortwährende internationale Untätigkeit, untergräbt die Glaubwürdigkeit und Effektivität des multilateralen Menschenrechts Systems basierend auf Völkerrecht und humanitärem Völkerrecht.



Einleitung

Der Niedergang von El Fasher und dessen Übernahme durch die Rapid Support Forces am 26 Oktober 2025, verschärfte die Situation, welche die Vereinten Nationen als die weltweit schwerste humanitäre Notsituation und die größte Krise interner Vertreibung klassifiziert haben. Hunderttausende Menschen wurden getötet oder verletzt, während Zivilisten, insbesondere Frauen und Kinder, am meisten betroffen waren.

Der andauernde Krieg im Sudan hat zu einer Hungersnot, Unterernährung, Massenvertreibung der Zivilbevölkerung, sexueller Gewalt, Massenexekution von Zivilisten, ethnischer Säuberung und chronischer Unsicherheit.

Trotz des Ausmaßes der Krise bleibt der Konflikt in den Medien unzureichend diskutiert, hauptsächlich weil die mediale Berichterstattung limitiert ist. Journalisten begeben sich in extreme Gefahr, wenn sie versuchen, den Sudan zu betreten, während die Komplexität des

Konflikts zu einem grundsätzlichen fehlenden Verständnis dessen führt. Dieser Bericht versucht, die Gründe und den Einfluss des Konfliktes auf zugängliche Art und Weise zu erklären.

Kurze Geschichte des Sudan

Britische Kolonisierung

Der Sudan war ursprünglich zusammen mit Großbritannien und Ägypten seit dem späten 19. Jahrhundert kolonisiert, obwohl der Einfluss Ägyptens begrenzt blieb. Ägypten wollte alle Regionen des Niltals vereinen, während Großbritannien darauf abzielte, solch eine Vereinigung zu verhindern, um seinen eigenen Einfluss zu erhalten und die Entstehung eines starken und zentralisierten Ägyptens zu verhindern.

Die Region wird oft als geteilt in 2 Hauptgruppen beschrieben: nördliche Bewohner, hauptsächlich Moslems und Araber, und südliche Bewohner, größtenteils Animisten oder Christen und schwarz. Diese Unterscheidung ist jedoch eine grobe Vereinfachung, da Sudan's ethnische und religiöse Realitäten weitaus komplexer sind.

Die britische koloniale Administration beruhte auf einer Strategie von „teilen und regieren“, bei der die nördliche Bevölkerung bevorzugt wurde, während der Süden vernachlässigt wurde. Der Norden wurde mehr in die Weltwirtschaft eingegliedert, und mehr in Regierungsstrukturen einbezogen. Sowohl koloniale als auch post-koloniale Gesetze verstärkten den Eindruck, dass der arabische und muslimische Norden legitimer in politischer Führung war als nicht-arabische oder nicht-muslimische Regionen. Diese strukturellen Ungleichheiten sorgten für langfristigen Groll und schlussendlich zu der Teilung des Sudan in zwei Staaten 2011: den Sudan und den Südsudan.

Bürgerkriege (1955 – 1972) – (1983 – 2005)

Im Anschluss an seine Unabhängigkeit 1956 erlebte der Sudan chronische Instabilität, charakterisiert durch Staatsstriche, Bürgerkriege, Diktaturen und anhaltende Machtkämpfe.

Ab 1955 begannen Rebellen aus dem Süden sich zu mobilisieren, da diese sich in dem neuen sudanesischen Staat nicht repräsentiert gefühlt haben, und forderten Unabhängigkeit vom Süden. Bewaffnete Auseinandersetzungen brachen aus, welche zum ersten Bürgerkrieg im Sudan von 1955 - 1972 führten. Dieser Konflikt endete mit einem Friedensabkommen, welches dem Süden mehr Autonomie zusprach.

Der zweite Bürgerkrieg dauerte von 1983 – 2005, und stellte erneut den Norden dem Süden gegenüber. Dieser wurde ausgelöst durch eine Entscheidung des amtierenden Präsidenten, neue Gesetze zu erlassen, die mit Shaira im Einklang stehen. Diese wurden als untragbar von der hauptsächlich nicht-muslimischen Bevölkerung im Süden Sudans angesehen, und bei der Widerrufung der gewonnenen Autonomie des Südens nach dem ersten Bürgerkrieg.

Omar al-Bashir Rule (1989 - 2019)

Omar al-Bashir übernahm 1989 die Macht durch einen Militärputsch und etablierte eine Diktatur, welche 30 Jahre fortbestand. Sein Regime zählte auf die Armee und islamistische Netzwerke, und war gekennzeichnet durch weit verbreitete Unterdrückung, Korruption, schwere Verbrechen und wirtschaftlichen Kollaps.

Das Regime hielt ein System von sozialer Hierarchie aufrecht, welches arabische Eliten im Niltal konzentrierte, während es ethnische Gruppen in umliegenden Regionen marginalisierte, u.a. die vorwiegend christliche und animistische Bevölkerung im südlichen Sudan.

Völkermord in Darfur (2003 - 2006)

Proteste 2003, geleitet von marginalisierten und nicht-arabischen Gruppen in Darfur, in welchen diese mehr politische und wirtschaftliche Einbindung verlangten, wurden gewaltsam unterdrückt. Die Regierung von Omar al-Bashir antwortete mit der Entsendung einer paramilitärischen Einheit namens Janjaweed, geleitet von Mohamed Hamdan Dagalo, auch bekannt als Hemeti. Auf die Gruppen der Masaliten, Zaghawa und Fur wurde besonders abzielt.

Die Janjaweed führten Massaker, systematische Vergewaltigungen, Dorfverbrennungen, und weitverbreitete gewaltsame Vertreibungen durch, alles als Teil einer „scorched earth strategy“ (Verbrannte Erde).

Die Janjaweed wurden vom Internationalen Strafgerichtshof (IstgH) beschuldigt Völkermord und ethnische Säuberung gegen schwarze Afrikaner und die nicht-arabische Bevölkerung in der Region. Der IstgH stellte auch seinen ersten Haftbefehl gegen Omar al-Bashir aus für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und Völkermord.

Die Rapid Support Forces wurden offiziell 2013 etabliert und gehen direkt aus der Janjaweed Miliz hervor.

Teilung des Sudan (2011)

Nach fast einem halben Jahrhundert Konflikt, zwischen dem Norden und dem Süden, endete der Bürgerkrieg offiziell 2005 mit einem Friedensabkommen, welches dem Süden sechs Jahre Autonomie zusprach und den Weg für ein Referendum eröffnete, welches den Weg für ein Referendum um Selbstbestimmung 2011 ebnete. Dieser Prozess führte schließlich zur Unabhängigkeit des Südsudan.

Der Fall der Diktatur (2016) und militärisch-zivil geleitete Regierung

2018 brachen weitreichende Demonstrationen gegen Omar al-Bashir aus, als Antwort auf schwere wirtschaftliche Probleme und tiefe soziale Unzufriedenheit. Demonstranten verlangten

das Ende des Regimes und einen Übergang zu einer demokratischen und zivil geleiteten Regierung, eine Bewegung bekannt als der Khartoum Frühling.

Al-Bashir wurde 2019 in einem Staatsstreich aus dem Amt enthoben. Dieser wurde durchgeführt von Abdel Fattah al-Burhan, Leiter der Sudanesischen Armee (SAF), und von Mohamed Hamdan Dagalo, Leiter der Rapid Support Forces (Paramilitärische Gruppe); der ehemalige Nachfolger der Janjaweed.

In Folge des Untergangs der Diktatur wurde ein Übergangsgremium namens Sovereignty Council etabliert. Dieser bringt zivile, militärische und Rebellen Repräsentanten zusammen. Abdel Fattah al-Burhan wurde Präsident des Gremiums, mit Hemedti als dessen Vizepräsident. Das Gremium sollte 39 Monate lang regieren, denen demokratische Wahlen folgen sollten. Diese Periode markierte das Ende der drei Jahrzehntelangen Diktatur und kreierte signifikante Hoffnung auf demokratischen Wandel. Während diesem Übergang, legalisierte und integrierte die Rapid Support Forces sich offiziell als paramilitärische Einheit, was effektiv die Akteure institutionalisiert, welche für die Gräueltaten in Darfur verantwortlich waren.

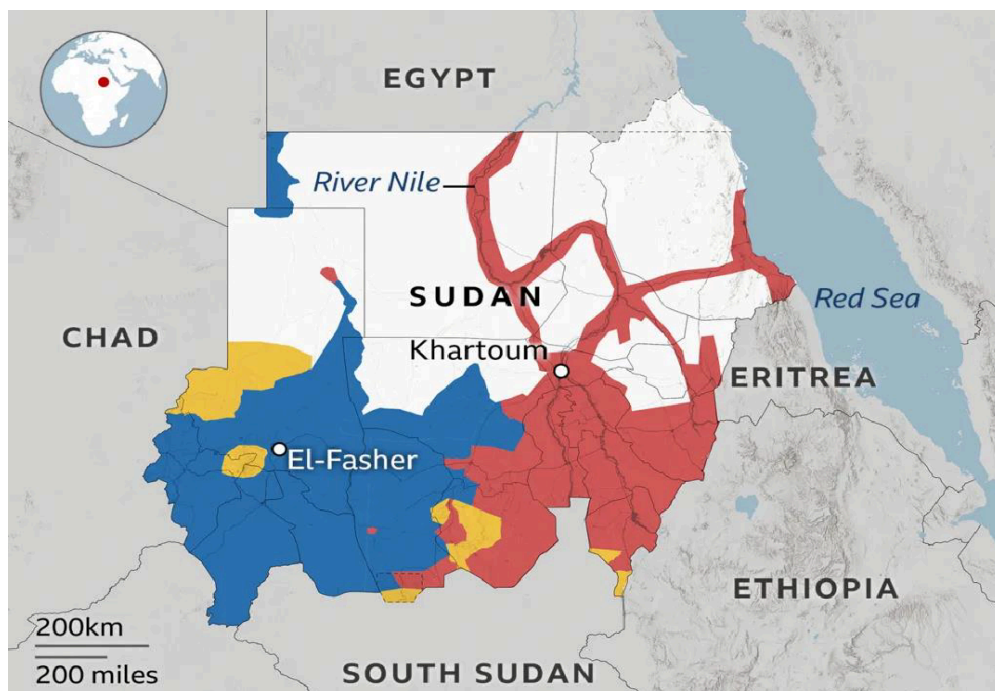
Militärputsch (2021)

Hoffnung auf einen demokratischen Übergang kollabierte 2021, als Burhan und Dagalo zusammen einen Putsch durchführten, welcher den zivil geführten Prozess suspendierte.

Der Anhaltende Krieg (2023 - 2025)

Die ehemaligen alliierten Burhan and Dagalo wurden Rivalen, kämpfen um Macht und die Kontrolle über das Land. Einer der Hauptgründe für den Krieg war Hemedti's Ablehnung, die Rapid Support Forces in die reguläre Armee einzugliedern, wie es Burhan verlangte.

Der Krieg brach am 15 April 2023 aus, als die Rapid Support Forces Angriffe auf Khartoum starteten. Kampfhandlungen breiteten sich schnell in mehrere Regionen aus, u.a. Darfur, Kordofan und Blue Nile.



Das Territorium ist buchstäblich in zwei geteilt mit weiten Teilen des Nordosten unter der Kontrolle der regulären Armee, und große Teile ausdehnend vom Südwesten zur Mitte des Landes in der Hand der RSF. Andere bewaffnete Gruppen unterstützen entweder eine der beiden Hauptgruppen des Konflikts oder bleiben neutral.

Die Rapid Support Forces zielen darauf ab, Darfur als territoriale und wirtschaftliche Basis unter Ihre Kontrolle zu bringen und haben systematisch, als feindlich erachtete, nicht-arabische Bevölkerungsgruppen ins Visier genommen. Identität wurde erneut im politischen Diskurs instrumentalisiert, was Muster aus den frühen 2000er widerspiegelt. Die Zerstörung von El Geneina 2023, begleitet von gezielten Massakern, stellt eine klare, von der RSF durchgeführte Kampagne der ethnischen Säuberung dar.

Der Fall von El Fasher



El Fasher war eine der letzten Städte in Darfur unter der Kontrolle der Sudanesischen Armee. Jetzt kontrolliert die RSF fast ganz Darfur sowie weite Teile der benachbarten Kordofan Region.

Vor dem Fall der Stadt hatten die Rapid Support Forces eine 18-monatige Belagerung über El Fasher gelegt, welche hunderte Opfer zur Folge hatte. Hunderttausende Zivilisten flohen vor der Gewalt während ca. 260'000 Menschen in der Stadt gefangen blieben, Opfer von schweren Misshandlungen, und daran gehindert, humanitäre Unterstützung wahrzunehmen, da humanitäre Güter keinen Zugang hatten.

Mit solch einer Belagerung, sagte der Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Volker Türk, dass die schwersten Verbrechen die man sich vorstellen kann die in El Fasher begangen wurden „vorhersehbar waren und hätten verhindert werden können“, aber dass die internationale Gemeinschaft nichts signifikantes unternommen hatte. Er betonte, dass die ausgedehnte Belagerung ein klares Warnzeichen der Gräueltaten war, die dem Kollaps der Stadt folgten.

Der Fall der Stadt war begleitet von Massentötungen, ethnisch motivierten Tötungen, Exekutionen, Folter, Menschenhandel und die verbreitete und systematische Verwendung von Vergewaltigung und andere Formen von sexueller und Geschlechter basierter Gewalt als Kriegswaffe. Der Internationale Strafgerichtshof ermittelt vermeintliche Kriegsverbrechen, begangen von der RSF während der Übernahme. Die Verbrechen in El Fasher erinnern an das Massaker 2023 durchgeführt bei den Rapid Support Forces in El Geneina.

Die Übernahme von El Fasher am 26. Oktober 2025 durch die Rapid Support Forces, zusammen mit der Gewalteskalation in Nord Darfur und den Kordofan Staaten, hat den Sudan in eine neue Phase der Instabilität gestützt. Seit Ende Oktober wurden über 147'000 Menschen vertrieben, davon über 106'000, die alleine El Fasher flohen.

Mehrere tausend Opfer wurden während des letzten Angriffs berichtet. Da jedoch nur wenige Journalisten während des Falls der Stadt vor Ort waren, ist es schwierig, die exakte Zahl der Zivilisten, die ihr Leben verloren haben, festzustellen. Zusätzlich war der Internetzugang während des Angriffs unterbrochen, sodass keinerlei Kommunikation mit außerhalb, sowie Dokumentation möglich war.

The Conflict in the Kordofan: a new El Fasher to come?

Volker Türk sagte: “Es ist wirklich schockierend zu sehen, wie sich die Geschichte in Kordofan so kurz nach den schrecklichen Ereignissen in El Fasher wiederholt”. Tatsächlich droht Kordofan nun die unmittelbare Gefahr einer neuen Welle von Gräueltaten.

Seit dem 25. Oktober, als die FSR die Stadt Bara in Nord-Kordofan eingenommen hat, hat der Hohe Kommissar „mindestens 269 zivile Todesopfer infolge von Luftangriffen, Artilleriefeuer und summarischen Hinrichtungen“ verzeichnet. Er gibt zudem an, „Fälle von Repressalien, willkürlichen Inhaftierungen, Entführungen, sexueller Gewalt und Zwangsrekrutierung, auch von Kindern“, dokumentiert zu haben.

Berichten zufolge wurden viele Zivilisten wegen „Zusammenarbeit“ mit gegnerischen Gruppen inhaftiert. Zudem wächst die Besorgnis über den Einsatz hasserfüllter und spaltender Rhetorik, die die Gefahr birgt, die Gewalt weiter anzukurbeln und bestehende Spannungen zu verschärfen.

Die schlimmste humanitäre Krise der Welt



Tom Fletcher, stellvertretender Generalsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Koordinator für Nothilfe, erklärte: „Der Sudan ist Schauplatz einer humanitären Notlage von erschreckendem Ausmaß.“ Mehr als 150.000 Menschen sind im Rahmen des Konflikts im ganzen Land ums Leben gekommen.

Die Zivilbevölkerung ist mit gewaltsamen Verschleppungen, willkürlichen Inhaftierungen, Massenmorden und sexueller Gewalt konfrontiert, hinzu kommen wiederholte Angriffe auf die Infrastruktur und humanitäres Personal.

Zwei Drittel der Bevölkerung benötigen humanitäre Hilfe, sei es in Form von medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln oder anderen Formen humanitärer Hilfe. Die Hilfslieferungen werden jedoch häufig blockiert, und Konvois werden an den Grenzen aufgehalten, während die Zivilbevölkerung unter Hungersnot leidet.

Das Einsetzen von Hunger als Kriegswaffe

Die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung ist derzeit von einer Hungersnot bedroht. Das Welternährungsprogramm (WFP) hat

mitgeteilt, dass mehr als 24 Millionen Menschen im ganzen Land unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden. Hunger wird bewusst als Kriegsmittel eingesetzt, was einen

klaren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt. Die Konfliktparteien haben den Zugang für humanitäre Hilfe behindert, Nahrungsmittelvorräte zerstört und Lebensgrundlagen gezielt angegriffen, wodurch sie der Zivilbevölkerung die zum Überleben notwendigen Mittel entzogen haben.

In zehn Regionen wurde bereits eine Hungersnot bestätigt, die sich weiter auf neue Gebiete ausbreitet. Großen Teilen der Bevölkerung fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser und, im weiteren Sinne, zu sanitären Einrichtungen und Hygiene. Diese Bedingungen erhöhen das Risiko von Krankheitsausbrüchen erheblich und verschärfen die humanitäre Katastrophe zusätzlich.

Massiver Einsatz von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen berichtete von bewaffneten Männern, die Kinder im Alter von nur einem Jahr vergewaltigten und sexuell missbrauchten. Die Organisation der Vereinten Nationen für reproduktive Gesundheit (UNFPA) warnt davor, dass mehr als 12 Millionen Frauen und Mädchen – und zunehmend auch Männer und Jungen – von sexueller Gewalt bedroht sind.

Frauen und Mädchen sind weit verbreiteten Vergewaltigungen ausgesetzt, die oft von Gruppen von Tätern begangen werden, um die Opfer zu demütigen, zu terrorisieren und zu kontrollieren sowie um familiäre Bindungen zu zerstören. Mütter werden gezwungen, sich zwischen der eigenen Misshandlung und der Misshandlung ihrer Töchter zu entscheiden. Stigmatisierung hindert viele Überlebende daran, öffentlich über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Laut Amnesty International stellen die von den Rapid Support Forces begangenen Gräueltaten, zu denen Vergewaltigung, Gruppenvergewaltigung und sexuelle Sklaverei gehören, Kriegsverbrechen und möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

UN-Menschenrechtsexperten äußerten wachsende Besorgnis über Berichte über den Handel mit Frauen und Mädchen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und sexuellen Sklaverei. Darüber hinaus sind viele Frauen und Mädchen Zwangsschwangerschaften, Zwangsheirat und Entführungen ausgesetzt. Diese Handlungen stellen schwere Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht dar und tragen zu den langfristigen physischen, psychischen und sozialen Schäden bei, die den Überlebenden und ihren Gemeinschaften zugefügt werden.

Der systematische Angriff auf zivile Infrastruktur

Zwischen siebzig und achtzig Prozent der Gesundheitseinrichtungen in Konfliktgebieten sind nicht mehr funktionsfähig. Durch den Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung bleiben Tausende von Kindern, die an schwerer akuter Unterernährung leiden, nun ohne Behandlung und sind unmittelbar vom Tod bedroht. Krankheiten wie Dengue-Fieber, Malaria, Masern und Cholera breiten sich aufgrund des Zusammenbruchs der Gesundheitsdienste rasch aus.

Der Zugang zu Hygiene-Sets, reproduktiver Gesundheitsversorgung und anderen grundlegenden Dienstleistungen bleibt für Frauen und Mädchen äußerst begrenzt. Dieser mangelnde Zugang verschärft die Auswirkungen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, erhöht die Müttersterblichkeit und untergräbt die Fähigkeit der Überlebenden, sich mit Würde und angemessener medizinischer Unterstützung zu erholen.

Das Bildungssystem wurde in ähnlicher Weise zerstört, sodass derzeit siebzehn Millionen Kinder keinen Zugang zur Schulbildung haben. Bildungseinrichtungen haben nicht nur ihren Betrieb eingestellt, sondern sind auch zu Schauplätzen von Gewalt geworden. Die Rapid Support Forces haben Videos veröffentlicht, die die Tötung von Zivilisten zeigen, die in Schulen um ihr Leben flehten, was die gezielten Angriffe auf Orte verdeutlicht, die nach dem humanitären Völkerrecht geschützt sein sollten.

Auch religiöse Stätten wurden direkt ins Visier genommen. Am 19. September tötete eine von den Rapid Support Forces gesteuerte Drohne bei einem Angriff auf eine Moschee im Zentrum von El Fasher dreißig Menschen. Solche Angriffe auf medizinische, bildungsbezogene und religiöse Einrichtungen zeugen von einer systematischen Missachtung des Lebens der Zivilbevölkerung und stellen schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar.

Ein neuer Völkermord im Sudan?

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen werfen den RSF und verbündeten Milizen vor, in der Region Darfur einen Völkermord an nicht-arabischen Gemeinschaften und der Masalit-Gruppe zu begehen. Human Rights Watch hat erklärt, dass das Ausmaß und das Muster der Massenmorde die Vermutung nahelegen, dass die Rapid Support Forces beabsichtigten, die Masalit-Gemeinschaft ganz oder teilweise zu vernichten.

Die systematische gezielte Bekämpfung von Zivilisten, die versuchen, vor der Gewalt zu fliehen, in Verbindung mit der absichtlichen Behinderung des Zugangs zu lebensrettender humanitärer Hilfe für diejenigen, die zurückbleiben, untermauert die Vorwürfe des Völkermords und deutet auf die Absicht hin, Lebensbedingungen zu schaffen, die darauf abzielen, die physische Vernichtung der betroffenen Gruppen herbeizuführen.

Die weltweit größte Flüchtlingskrise



Zwölf Millionen Sudanesen mussten aus ihrer Heimat fliehen, um in sicheren Gebieten Zuflucht zu finden. Vier Millionen haben in Nachbarstaaten wie Ägypten, Tschad, Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik und Äthiopien unter extrem harten Bedingungen Zuflucht gesucht. Die Aufnahmeländer stehen unter starkem Druck hinsichtlich ihrer vorhandenen Kapazitäten, zumal einige von ihnen bereits zu den ärmsten Ländern der Welt gehören, wodurch der Krieg im Sudan zu einer ernsthaften Bedrohung für die regionale Stabilität wird.

Familien, die zu fliehen versuchen, müssen gefährliche Routen auf sich nehmen, und diejenigen, die sicherere Gebiete erreichen, kommen oft unterernährt, krank und verzweifelt an. Die Flüchtlinge werden in Lagern untergebracht, in denen es an grundlegenden Versorgungsleistungen mangelt und sie keinen Zugang zu ausreichender Nahrung, Unterkunft oder medizinischer Versorgung haben. Darüber hinaus grassieren in Flüchtlings- und Binnenvertriebenen Lagern Epidemien wie Cholera und Masern.

Einfluss von Außerhalb

Ein entscheidender Faktor für das Fortdauern und die Intensität des Konflikts ist die Einmischung externer Kräfte. Ohne diese Einmischung wären das Ausmaß und die Dauer des Konflikts deutlich geringer ausgefallen.

Sowohl die Rapid Support Forces als auch die sudanesischen Streitkräfte erhalten militärische, politische und finanzielle Unterstützung von ausländischen Staaten, darunter Waffen, Munition sowie die Ausbildung von Soldaten und Milizen, oft im Austausch gegen Zugang zu sudanesischen Rohstoffen. Der Sudan verfügt über erhebliche Vorkommen an *Gummi arabicum*, Öl, Agrarprodukten und Gold. Darfur ist besonders goldreich und trägt maßgeblich dazu bei, dass der Sudan zu den weltweit größten Produzenten zählt.

Die Rapid Support Forces werden in erster Linie von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Äthiopien unterstützt. Die RSF und die VAE unterhalten langjährige Beziehungen, wobei sudanesische Söldner seit 2018 an militärischen Operationen der VAE im Jemen teilgenommen haben. Über die wirtschaftlichen Interessen an Gold hinaus ist der Sudan zu einem Schauplatz der umfassenderen Konfrontation der Vereinigten Arabischen Emirate mit der Muslimbruderschaft in der Region geworden.

Zudem wurden im Sudan Waffenkomponenten aus europäischen Ländern, darunter Frankreich, das Vereinigte Königreich und Ungarn, identifiziert, was auf Waffenlieferungen an die Vereinigten Arabischen Emirate hindeutet, die schließlich in den Konflikt gelangt sind.

Die sudanesischen Streitkräfte erhalten Unterstützung von vielen regionalen Mächten wie dem Iran, der Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten.

Russland hat im Laufe der Zeit seine Allianzen gewechselt. Zunächst unterstützte es Hemeti im Austausch gegen Gold, dann ging es eine Kooperation mit Burhan ein, um einen Marinestützpunkt in Port Sudan zu errichten.

Ägypten und Äthiopien, die sich über die Verteilung des Nilwassers uneinig sind, führen einen Stellvertreterkrieg durch die beiden gegnerischen Lager im Sudan.

Alle externen Akteure bestreiten offiziell eine Beteiligung, doch mehrere unabhängige Berichte haben ihre Unterstützung belegt.

Unzureichende humanitäre Finanzierung



Der Mangel an Finanzmitteln verschärft den Konflikt, da der humanitäre Interventionsplan für den Sudan für das Jahr 2025, der sich auf insgesamt 4,2 Milliarden Dollar beläuft, nach wie vor stark unterfinanziert ist, wobei erst 25 % der erforderlichen Mittel aufgebracht wurden. Diese unzureichende Finanzierung stellt eine direkte Bedrohung für die Fortführung der Nothilfemaßnahmen dar.

Fazit

Der Krieg im Sudan erfordert entschlossenes und sofortiges internationales Handeln. Anhaltende Untätigkeit ermöglicht nicht nur die Fortsetzung weiterer Gräueltaten, sondern untergräbt auch die Glaubwürdigkeit des multilateralen Systems und offenbart gravierende Versäumnisse bei der Durchsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen.

Es bedarf einer umfassenden und koordinierten Reaktion unter Einbeziehung der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sudanesischen Akteure in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellen. Nur ein inklusiver Ansatz, der auf

Rechenschaftspflicht, dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Achtung des Völkerrechts beruht, kann einen glaubwürdigen Weg zu dauerhaftem Frieden und Stabilität bieten.

Geneva International Center for Justice Position and Meinung

Das Geneva International Center for Justice fordert einen sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften Waffenstillstand, der auf einem nachhaltigen Friedensprozess beruht. Das Zentrum fordert ferner alle Konfliktparteien auf,

einen inklusiven Dialog aufzunehmen, der die verschiedenen ethnischen und

religiösen Gruppen des Sudan zusammenbringt, um eine friedliche Lösung zu erreichen und eine zivile

Regierung wiederherzustellen. Das sudanesisches Volk verdient den demokratischen Wandel, für den es sich im Jahr 2018 eingesetzt hat.

Das Geneva International Center for Justice betont, dass der Zugang für humanitäre Hilfe uneingeschränkt sein muss und dass sichere Korridore für Zivilisten eingerichtet werden müssen, die vor der Gewalt fliehen, im Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts. Darüber hinaus müssen humanitäre Helfer geschützt werden, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt.

Das Center verurteilt aufs Schärfste externe Akteure, die den Konfliktparteien Waffen und andere Formen der Unterstützung zur Verfügung stellen und damit den Konflikt schüren und dessen Fortdauer ermöglichen. Das vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo muss uneingeschränkt eingehalten werden.

Das Geneva International Center for Justice betont ferner, dass die sudanesischen Bürger das Recht haben, von ihren natürlichen Ressourcen zu profitieren, und dass diese ihnen nicht von externen Mächten vorenthalten werden dürfen.

Das Geneva International Center for Justice verurteilt aufs Schärfste den Einsatz von Vergewaltigung, sexueller Ausbeutung, Zwangsheirat, sexueller Gewalt und Entführung als Kriegswaffen sowie alle anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt.

Das Center verurteilt alle Formen willkürlicher Inhaftierung und das Verschwindenlassen von Personen und fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller willkürlich inhaftierten Personen.

Das Geneva International Center for Justice betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass Binnenvertriebene und Flüchtlinge den Schutz und die Hilfe erhalten, auf die sie nach dem internationalen Flüchtlingsrecht Anspruch haben.

Das Center fordert nachdrücklich ein Ende aller Formen von Angriffen, Drohungen und Schikanen gegen Vertreter der Zivilgesellschaft und Medienvertreter. Die Arbeit von Journalisten

und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist unerlässlich, um Menschenrechtsverletzungen im Sudan zu dokumentieren und anzuprangern.

Das Center fordert internationale Gremien und unabhängige Mechanismen auf, gründliche Untersuchungen zu Vorwürfen des Völkermords im Sudan durchzuführen.

Das Geneva International Center for Justice unterstützt die Arbeit der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für den Sudan, deren Mandat für die Dokumentation von Verstößen, die Unterstützung von Bemühungen zur Rechenschaftspflicht und die Förderung von Wahrheit und Gerechtigkeit für die Opfer von entscheidender Bedeutung ist.

Der Center fordert den Sudan nachdrücklich auf, uneingeschränkt mit der Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten, insbesondere im Hinblick auf Ermittlungen zu mutmaßlichen Gräueltaten, die in und um El Fasher begangen wurden.

Das GICJ setzt sich für die Ausweitung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs ein, um die Rechenschaftspflicht für schwere Verstöße gegen das Völkerrecht sicherzustellen. Das Zentrum betont, dass die seit langem bestehende Kultur der Straflosigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Janjaweed und ihre Nachfolger, die Fortsetzung von Gräueltaten ermöglicht hat. Dementsprechend unterstützt das GICJ die Erlassung von Haftbefehlen gegen hochrangige Vertreter von Milizen, die für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind. Rechenschaftspflicht, unabhängig von Rang oder Zugehörigkeit, ist unerlässlich, um den sich wiederholenden Kreislauf von Gewalt und Straflosigkeit im Sudan zu durchbrechen und weitere Missbräuche zu verhindern. Straflosigkeit muss durch Gerechtigkeit ersetzt werden.

Das Geneva International Center for Justice betont, dass der Konflikt nicht zur Teilung des Sudans führen darf und dass die territoriale Integrität des Landes gewahrt bleiben muss.

- GICJ betont, dass das Völkerrecht konsequent und ohne Selektivität angewendet werden muss. Der Sudan darf nicht zum Friedhof des Völkerrechts werden. Was erforderlich ist, ist ein starkes politisches Engagement der Staaten zum Schutz der sudanesischen Zivilbevölkerung, statt leerer politischer Rhetorik.
- Das GICJ fordert eine deutliche Aufstockung der humanitären Hilfe für den Sudan, da humanitäre Programme nach wie vor dramatisch unterfinanziert sind.

Die sudanesische Bevölkerung hat ein Recht auf Frieden, Gerechtigkeit und Würde.

Die internationale Gemeinschaft muss jetzt handeln, um die sudanesische Zivilbevölkerung zu schützen.

Das Leben der sudanesischen Zivilbevölkerung zählt.

Quellen

[The UN and the crisis in Sudan - United Nations Western Europe](#)

[Sudan faces worsening humanitarian catastrophe as famine and conflict escalate: UN experts | OHCHR](#)

[UN warns of 'catastrophic' humanitarian crisis in Sudan's Darfur | UN News](#)

[Soudan : la guerre oubliée | L'essentiel du Dessous des Cartes | ARTE](#)

https://www.franceinfo.fr/monde/afrique/soudan/massacres-de-civils-implication-des-emirats-arabes-unis-treuve-impossible-on-vous-explique-ce-qu-il-se-passe-au-soudan_7594757.html

[Massacres au Soudan : le monde peut-il encore fermer les yeux ? | 28 minutes | ARTE](#)

[Soudan. Le recours atroce et généralisé aux violences sexuelles par les Forces d'appui rapide détruit des vies - Amnesty International](#)

[Sudan: Sexual violence used as weapon of terror against women and girls | UN News](#)

[Famine tightens grip on Sudan, with civilians trapped and aid blocked | UN News](#)

Link to original text:

<https://www.gicj.org/topics/countries/sudan/4340-sudan-the-forgotten-war-report>



+41 227881971

info@gicj.org

<https://www.facebook.com/GIC4J>

@Geneva4Justice

Chemin des Mines 2, CH1202 Geneva, Switzerland